

Friedliche Landnahme: Muslimbrüder zerstören Deutschland von innen

Strippenzieher der islamischen Bewegung in der Bundesrepublik

Der 1968 in Marburg geborene Ibrahim El-Zayat, Wirtschaftsmanager und Multifunktionär, regiert sein Imperium von Köln aus.

Als Generalbevollmächtigter der »Europäischen Moscheebau- und Unterstützungsgesellschaft« verwaltet El-Zayat mehr als 600 Moscheen in Europa.

El-Zayat ist Vorsitzender der 600 Mitglieder zählenden »Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V.« (IGD), mit Sitz im »Münchner Islamischen Zentrum« (IZM), Wallnerstr. 1-5, 80939 München.

Die heutige Familienministerin Kristina Schröder bezeichnete El-Zayat als »Funktionär der Muslimbruderschaft«.



Ibrahim El-Zayat



Zukunftstrauma oder bald Wirklichkeit? Der Deutsche Reichstag mit Minaretten und unter Halbmond-Beflaggung.

Die Muslimbruderschaft und der islamische Superstaat

Die Muslimbruderschaft ist die Mutterorganisation des politischen Islams weltweit. Die radikal-islamische Vereinigung versucht, die Regierungen ihrer jeweiligen Länder abzulösen und einen weltweiten islamistischen Gottesstaat, regiert von einem Kalifen, auf der Grundlage der Scharia zu errichten. Der Islam wird dabei als untrennbare Einheit von Religion und Politik definiert. Auch in Deutschland sind die Muslimbrüder aktiv. Hier zählt die Bruderschaft rund 1.800 Mitglieder.

Die Leitsätze der Muslimbruderschaft (MB) zu Frauenrechten sind eindeutig: Frauen müssen sich verschleiern und der Mann

dürfe eine aufmüpfige Frau auch körperlich züchtigen. Die MB propagiert aber nicht nur das Patriarchat, sondern ist vielmehr der ideologische Treibsatz für Extremisten und Terrororganisationen überall auf der Welt.

Während eines kürzlich stattgefundenen Gerichtsprozesses gegen die MB-nahe »Holy Land Foundation« in den USA tauchte ein Dokument auf, in dem die Strategie der MB für den Westen dargelegt wurde. Es gehe um einen »Gesellschafts-Dschihad«, bei dem die westliche Zivilisation von innen heraus vernichtet werden solle. Und es sei die Pflicht eines Moslems, sich diesem Dschihad anzuschließen, wo immer der Gläubige sich auch befinde – bis Allahs Religion über alle anderen Religionen gesiegt habe.

Die Scharia – Das islamische Rechtssystem

Scharia ist der Name für das islamische Rechtssystem. In der Scharia ist auch festgelegt, welche Strafen der Islam für Ehebrecher, Diebe, vorehelichen Sexualverkehr, Alkoholgenuß und Apostaten vorsieht, d.h. für Menschen, die ihre Religion wechseln oder aufgeben wollen.

Unter anderem beinhaltet die Scharia folgende Strafen:

- Hand abhacken: Laut Koranvers 5:38 gilt das Abhacken der Hand als höchste Strafe für Diebstahl. Auf schweren Straßenraub steht sogar das Abhacken von Hand und Bein.

Im Juni wurden in Somalia vier Männern (18 bis 25 Jahre alt) jeweils eine Hand und ein Fuß abgehackt. Sie sollen Waffen und Handys gestohlen haben.

- Auspeitschen: Die Strafe steht auf Alkoholgenuß und auf Sex vor der Ehe. Auch jemand, der eine zweite Person fälschlicherweise des Ehebruchs bezichtigt, kann laut Scharia mit Peitschenhieben bestraft werden.

In Saudi-Arabien wurde 2009 ein verzweifelter Mann zu zwei Monaten Haft und 50 Hieben mit der Peitsche verurteilt. Er wurde bestraft, weil er versucht hatte, Selbstmord zu begehen.

- Steinigung: Die schwerste Strafe des islamischen Rechtssystems.

Erst vor einem Jahr wurde in Somalia ein 13jähriges Mädchen gesteinigt, weil sie von drei Männern vergewaltigt worden war. Die islamische Miliz verurteilte sie wegen außerehelichem Sex, berichtete »Amnesty International«. In dem afrikanischen Land starben innerhalb des Jahres 2009 mindestens vier Menschen durch Steinigungen.

Bild.de, 21.12.2009



Vermummte Mitglieder der Muslimbruderschaft bei einem Aufmarsch in Kairo

Geschichte der Muslimbruderschaft

Gegründet wurde die MB 1928 von Hasan al-Banna in Ägypten als Reaktion auf den Zusammenbruch des osmanischen Kalifats. Al-Banna trat für den bewaffneten, offensiven Kampf gegen Nicht-Muslime und deren

beteiligt sich seitdem an Anschlägen.

Seit den 30er Jahren expandiert die Muslimbruderschaft über Ägyptens Grenzen hinaus, u.a. nach Saudi-Arabien, Libanon, Palästina, Syrien und später nach Jordanien, Sudan, Algerien und Tunesien.



Das Zeichen der Muslimbruderschaft

Helfer ein. Ende der 30er Jahre war die Bruderschaft nur eine Gruppe von wenigen Hunderten. 1948 zählte sie bereits 500.000 Mitglieder und Hunderttausende Sympathisanten.

Die MB legt viel Wert auf Bildung und Ausbildung im Sinne ihrer islamischen Gesellschaftsvision. Einen geheimen militärischen Arm richtete die Bruderschaft Anfang der 40er Jahre ein und

Die Begeisterung der arabischen Welt für die Nationalsozialisten war, aufgrund des gemeinsamen Feindes, den Kolonialmächten Frankreich und Großbritannien, groß. Die ersten Kontakte zu den Islamisten knüpften die Nationalsozialisten Anfang der vierziger Jahre mit dem Ziel, den Aufstand in den arabischen Ländern gegen die Kolonialmächte mit Waffen und Geld zu unterstützen. Später kämpften zehntausende

Islamisten an der Seite der deutschen Armee im Ostfeldzug, um ihre Heimatländer zu befreien.

Die CIA macht mobil

Der US-Journalist Ian Johnson beschreibt in seinem Buch »Die vierte Moschee«: Um an diese Kontakte in der arabischen Welt zu gelangen, sei versucht worden, die alten NS-Kontakte zu aktivieren.

Der US-Geheimdienst CIA habe Hunderte Millionen Dollar dafür ausgegeben. Allerdings hätten die Sowjets diese Versuche dadurch unterlaufen, indem sie die Vergangenheit der muslimischen NS-Kämpfer veröffentlichten. Also änderte die CIA ihre Taktik.

»Die radikalen Muslimbrüder waren für diese Rolle viel besser geeignet: Sie waren jung, ehrgeizig, gut vernetzt mit der islamischen Welt und gut ausgebildet«, so Johnson in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung«.

Um den von der Sowjetunion unterstützten Staatschef Gamaal Abdel Nasser in Ägypten zu schwächen, unterstützte der US-Geheimdienst CIA ab 1956 die Muslimbruderschaft weiterhin.

Nassers Nachfolger Anwar al Sadat erließ 1971 eine Generalamnestie für die zwischenzeitig unter Nasser in Ägypten verbotenen Muslimbrüder. Als aber Sadat sich politisch umorientierte, wandte sich die Bruderschaft tief enttäuscht ab. Radikalisierte Ex-Muslimbrüder töteten Sadat 1981.

Seit 1954 flohen verschiedene Mitglieder der Muslimbruderschaft aus Ägypten, um der Verhaftung oder Ermordung zu entgehen. Deutschland bot eine willkommene Zuflucht.

»Langfristig können die Muslime die deutschen Familien-, Staats- und Strafgesetze nicht akzeptieren ... Die Muslime sollten eine Vereinbarung zwischen den Muslimen und dem deutschen Staat anstreben, die das Ziel hat, für Muslime ein eigenes Rechtswesen zu schaffen.«

»Al Islam«, Zeitschrift der Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V., Ausgabe Februar 2002

Drehscheibe München

Nirgendwo sonst in Europa hat die Muslimbruderschaft so bedeutend an Macht und politischer Akzeptanz gewonnen wie in Deutschland. Im Ringen um die Gunst der antisowjetischen islamischen Welt war der Preis in der von den Sowjets bedrohten BRD der Bau der Moschee in München.

Bereits im Jahr 1958 gründete sich die »Moscheebauinitiative München«. Mit ihr kam auch der damalige Generalsekretär des Islamischen Weltkongresses, Said Ramadan, nach München. Kurz zuvor hatte der Jurist an der Universität Köln promoviert. Ramadan wurde zum Vorsitzenden der Moscheebau-Kommission gewählt und galt damals als informeller »Außenminister« der Muslimbrüder. Von nun an war München eine wichtige Schaltstation der Muslimbrüder. »Das Führungsgremium war ein Who's who des politischen Islams«, sagt Johnson. Sie kamen aus Ägypten, Syrien oder Pakistan.

»Die Moschee war sowohl ein sicheres Rückzugsgebiet, als auch eine Drehscheibe, von der aus sie ungestört planen und andere Länder infiltrieren konnten«, bestätigt Johnson.

Seit 2001 kam es wiederholt zu Razzien in der Münchner Moschee. Unter anderem wurde der Prediger Ahmad al-Khalifa verdächtigt, Kontakte zu Terroristen zu unterhalten.

München ist allerdings nicht das einzige Zentrum der Muslimbrüder in Deutschland, auch die »Bilal Moschee« in Aachen steht ihnen nahe. Sie orientiert sich am syrischen Zweig der Muslimbruderschaft. Insgesamt zählt der Verfassungsschutz rund 1.800 Mitglieder der Bruderschaft in Deutschland, als deren mitgliederstärkste Organisation die »Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.« (IGD), angesehen werden kann. Sie unterhält Zentren in Nürnberg, Stutt-

Trojanische Pferde



»Aber der Islam gehört inzwischen auch zu Deutschland.«

Bundespräsident Christian Wulff in seiner Rede zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit

»Am Nationalfeiertag der Deutschen ertrinken die Straßen in einem Meer aus roten Türkenflaggen und ein paar schwarzrot-goldenen Fahnen.«

Claudia Roth, Bündnis90/Die Grünen, Wunschkvision zum Tag der Deutschen Einheit, Welt am Sonntag, 6.2.2005

»Moscheen werden stärker als früher ein Teil unseres Stadtbildes sein.«

Bundeskanzlerin Angela Merkel in der FAZ vom 18.9.2010

»Migration in Frankfurt ist eine Tatsache, wenn Ihnen das nicht paßt, müssen Sie woanders hinziehen.«

Narges Eskandari-Grünberg, Frankfurter Stadtverordnete und »integrationspolitische Sprecherin« der Grünen, Frankfurter Rundschau, 13.11.2007

»Unser Ziel ist die ganze Welt zum Islam zu rufen. Unser Ziel ist es, in diesem Land die Festung des Taghut [falsche Götter] herabzureißen und dem Erdboden gleich zu machen.«

Pierre Vogel, zum Islam konvertierter Wanderprediger 2010 in Dortmund im WDR-Fernsehen vom 6.7.2010

Die radikale Muslimische Studentenunion in Stuttgart (MSU)

Die »Muslimische Studentenunion« wurde 1956 in Stuttgart gegründet und hat ihren Sitz auf dem Allmandring 18d in Stuttgart-Vaihingen. Der Verfassungsschutz stuft die 200 Mitglieder zählende Muslimische Studentenorganisation als antidemokratisch und intolerant ein. »Die MSU propagiert einen politischen Islam, sie manipuliert auf Veranstaltungen, bei Vorträgen und über Literaturempfehlungen gezielt muslimische Studenten«, so Benno Köpfer, Islamwissenschaftler beim Verfassungsschutz. Seit längerem ist die Studentenvereinigung ins Visier des Landesamts für Verfassungsschutz geraten. »Wir sind dort auch nachrichtendienstlich tätig« sagt Köpfer. Im Klartext heißt das: die MSU wird verdeckt beobachtet. Jedes Jahr veranstaltet die MSU eine Islamwoche an der Uni, welche vom Verfassungsschutz beobachtet wird.

Der Verfassungsschutz spricht von einer »Propagandabrücke« und der Verein, so die Analyse, stehe der radikalen Muslimbruderschaft nahe, die »sich im Konflikt zu unserer Grundordnung befindet.«

Es ist ein Skandal, daß die Universität Stuttgart solchen Verfassungsfeinden eine Plattform bietet. Ihren Protest richten Sie bitte an die

Universität Stuttgart
Postfach 10 60 37
70049 Stuttgart
Telefon: 0711-685-0
Telefax: 0711-685-82271

gart, Frankfurt, Köln, Marburg, Braunschweig und Münster. Angeblich koordiniert die IGD ihre Aktivitäten mit mehr als 50 weiteren Moscheevereinen in Deutschland. »Die IGD ist zudem auch eng mit dem europaweiten Netzwerk der Muslimbruderschaft verbunden«, schreibt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz.

Wie direkt die Muslimbruderschaft heute in der Moschee das Sagen hat, weiß vermutlich selbst der Verfassungsschutz nicht, obwohl das Zentrum offiziell »beobachtet« wird. Fest steht, daß noch vor wenigen Jahren eine Reihe exponierter Köpfe der ägyptischen Bruderschaft in München ihren Dienst tat.

Ein Skandal nach dem anderen

Niemand anderen als den Vorsitzenden der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland (IGD), Ibrahim al-Zayat, präsentiert die Bundeszentrale als »Experten für Integrationsfragen« auf ihrer Internetseite. Gleichzeitig wird die IGD vom Verfassungsschutz wegen islamitischer Bestrebungen beobachtet.

In ihrer Funktion als Islamismus-Berichterstatlerin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sprach die heutige Familienministerin Kristina Schröder deshalb von einem Skandal. »Einen IGD-Vorsitzenden zum Integrationsexperten zu ernennen, das ist wie Margot Honecker zur Bundesbeauftragten für Stasi-Unterlagen zu machen.«

Bereits im April 2005 hatte sie die Wiesbadener SPD aufgefordert, den IGD-Vorsitzenden nicht wie geplant auf eine Veranstaltung mit dem Titel »Islamische und westliche Welt« einzuladen.

Unbeachtet dessen saß El-Zayat im Frühjahr 2007 am Tisch der Islamkonferenz der Bundesregierung, um über Integration und die Gleichberechtigung der Religionen in der Bundesrepublik mit zu verhandeln.

»Der deutsche Fußball hat kein Nachwuchsproblem mehr«, ruft der Bundestagsabgeordnete Cem Özdemir dem Parteitag der Grünen zu. »Bloß heißt der Nachwuchs nicht mehr Hans, Gustav oder Eberhard. Er heißt Mustafa oder Giovanni und kickt auf Deutschlands Straßen.«

Wiesbadener Tageblatt, 26.10.1998

Zusammenfassend ist festzustellen:

Die Muslimbruderschaft operiert auch in Deutschland. Die Verbindungen zu Moscheen und der Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e.V. sind nachgewiesen: Die MB und die IGD stehen unter Beobachtung des Verfassungsschutzes. Dennoch werden ihre Vertreter von deutschen Parteien eingeladen und finden Zugang zur Islamkonferenz der Bundesregierung, um über Integration und Gleichberechtigung der Religionen zu verhandeln. Dies, obwohl die MB versucht, die Regierungen ihrer jeweiligen Aufenthaltsländer abzulösen und einen weltweiten islamistischen Gottesstaat auf der Grundlage der Scharia zu errichten. Jener Scharia, in deren Namen Menschen, darunter auch Kinder, zu Tode gesteinigt bzw. Körperglieder abgehackt werden. Das ist nicht nur ein Armutzeugnis, sondern ein Skandal und macht die Integrationspolitik der Bundesregierung hochgradig gefährlich.

Geben auch Sie diese wichtigen Informationen weiter, um Unwissende über die Hintergründe der Integrationspolitik in Deutschland aufzuklären.



**IHR KLICK
GEGEN DIE
MEDIEN-
DIKTATUR:**

www.un-nachrichten.de